

# ZUSAMMENHALT VOR ORT STÄRKEN

Paritätische Forderungen  
zur Niedersächsischen Kommunalwahl 2026



# UNSERE THEMEN IM ÜBERBLICK

- 3 **ZUSAMMENHALT VOR ORT STÄRKEN  
PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR KOMMUNALWAHL 2026**
- 4 **VON ANFANG AN STARK –  
IN KITAS, JUGENDARBEIT UND BETEILIGUNG INVESTIEREN!**
- 6 **WENN FAMILIEN HILFE BRAUCHEN, MUSS SIE DA SEIN –  
ERZIEHUNGSHILFE STÄRKEN!**
- 7 **SCHUTZ VOR GEWALT UND GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE FÜR FRAUEN –  
KEINE FRAGE DES GELDES, SONDERN DES POLITISCHEN WILLENS!**
- 8 **BEHINDERUNG DARF KEIN HINDERNIS SEIN –  
FÜR INKLUSION, WOHNEN, ARBEIT UND EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN!**
- 11 **PFLEGE IST DASEINSVORSORGE –  
JEDER MENSCH VERDIENT EINE GUTE VERSORGUNG VOR ORT!**
- 12 **HILFE FÜR SUCHTERKRANKTE:  
MIT PRÄVENTION, BERATUNG UND MUT ZUR INNOVATION!**
- 13 **ARMUTSPRÄVENTION IST ZUKUNFTSINVESTITION –  
KOMMUNEN MÜSSEN JETZT DIE RICHTIGEN WEICHEN STELLEN!**
- 15 **INTEGRATION PASSIERT VOR ORT –  
KOMMUNEN SIND ENTSCHEIDEND!**
- 16 **SOZIALE ANGEBOTE SIND KEINE SPARMASSE –  
KOMMUNEN BRAUCHEN EINE HAUSHALTPOLITIK MIT SOZIALER HANDSCHRIFT!**
- 17 **FREIE WOHLFAHRTSPFLEGE STÄRKEN –  
VORFAHRT FÜR FREIE TRÄGER!**
- 18 **WOHNEN IST EIN GRUNDRECHT –  
KOMMUNEN MÜSSEN BEZAHLBAREN WOHNRAUM ENDLICH ZUR PRIORITÄT MACHEN!**
- 20 **DREI MILLIONEN GRÜNDE, EHRENAMT ZU STÄRKEN –  
ENGAGEMENT FÖRDERN, DEMOKRATIE SICHERN!**
- 22 **DER PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND NIEDERSACHSEN E.V.  
KURZVORSTELLUNG**

## ZUSAMMENHALT VOR ORT STÄRKEN

### PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR KOMMUNALWAHL 2026



Unsere Dörfer, Gemeinden, Städte und Landkreise sind der zentrale Lebensmittelpunkt der Menschen in Niedersachsen. Nirgendwo sonst sind die Folgen politischer Entscheidungen und die Auswirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen so unmittelbar spürbar wie auf der kommunalen Ebene. Das betrifft nicht nur die Beschlüsse der kommunalen Parlamente, sondern insbesondere auch die konkrete Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen vor Ort.

Unsere Kommunen sind der wichtigste Erfahrungsraum für gesellschaftliche Teilhabe. Dort, wo Menschen sich im Alltag begegnen, sich kennenlernen und Vertrauen aufbauen, entsteht sozialer Zusammenhalt. Lebenswerte und zukunftsfähige Kommunen beruhen auf starken Gemeinschaften. Damit wird die kommunale Ebene zum entscheidenden Ort, um gesellschaftliche Gegensätze zu

überwinden und eine solidarische, soziale sowie demokratische Gesellschaft aktiv zu gestalten.

Mit Blick auf die Kommunalwahl 2026 formulieren wir als Paritätischer Landesverband Niedersachsen unsere Grundüberzeugungen, Leitlinien und politischen Erwartungen an die zukünftigen kommunalen Entscheidungsträger\*innen. Unser Ziel ist klar: das soziale Miteinander vor Ort stärken, Teilhabe sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig fördern.

Denn das Soziale beginnt vor Ort – gestalten wir es gemeinsam.

Kerstin Tack, Vorsitzende

# VON ANFANG AN STARK – IN KITAS, JUGENDARBEIT UND BETEILIGUNG INVESTIEREN!

Kinder und Jugendliche sind keine Zukunftsaufgabe, um die man sich später kümmert. Sie leben jetzt, sie brauchen jetzt Orte, Angebote und Gehör. Doch in vielen Kommunen bröckelt genau das: Jugendhilfeeinrichtungen werden gekürzt, Kita-Gruppen tageweise geschlossen, Betreuungszeiten reduziert und Begegnungsräume aufgegeben. Der Fachkräftemangel gefährdet die Verlässlichkeit der Betreuung, während der Geburtenrückgang als Argument für Schließungen genutzt wird – statt als Chance für bessere Qualität. Jüngste Studien zum Thema Einsamkeit zeigen, dass Jugendliche besonders stark betroffen sind. Die Corona-Pandemie hat tiefe Spuren hinterlassen. Wer junge Menschen heute nicht ernsthaft unterstützt und einbezieht, gefährdet morgen den demokratischen Zusammenhalt.

Dabei sind Investitionen in Kinder und Jugendliche keine Sozialromantik, sondern wirtschaftliche Vernunft. Ohne verlässliche Kinderbetreuung können Eltern nicht arbeiten, ohne starke Jugendarbeit entstehen keine eigenverantwortlichen Persönlichkeiten, die Gesellschaft mitgestalten. Kitas, Jugendarbeit und Beteiligungsformate sind keine freiwilligen Extras – sie sind das Fundament einer zukunftsfähigen Kommune.

## **Der Paritätische fordert:**

- Kommunen müssen sicherstellen, dass qualitativ gute und quantitativ ausreichende Angebote der Kinder- und Jugendarbeit für alle jungen Menschen zugänglich sind. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss dabei gezielt gestärkt werden.
- Kommunen müssen allen jungen Menschen, die aufgrund sozialer Benachteiligungen oder individueller Beeinträchtigungen besondere Unterstützung benötigen, Angebote vor Ort bereitstellen – von Jugendwerkstätten bis zur Jugendberufshilfe.
- Kommunen müssen jungen Menschen die Strukturen und Unterstützung aktiv bereitstellen, damit sie sich wirksam an allen kommunalen Entscheidungen beteiligen können, die sie betreffen. Beteiligungsformate müssen konsequent an der Lebensrealität junger Menschen ausgerichtet werden. Jugendliche müssen bei sämtlichen sie betreffenden kommunalen Planungsvorhaben aktiv miteinbezogen werden.
- Kommunen müssen aktiv darauf hinwirken, dass sinkende Kinderzahlen in Kitas für Gruppenverkleinerungen genutzt werden, nicht für Schließungen. In der Krippe sind maximal 12 statt 15 Kinder pro Gruppe anzustreben, im Kindergarten 21 statt 25. Kommunen müssen die Koordination zwischen Freien Trägern initiieren, damit alle Gruppen gleichmäßig belegt werden.
- Dem Fachkräftemangel muss strukturell begegnet werden. Die praxisintegrierte, dualisierte und vergütete Ausbildung (PiA) muss als zusätzliches Ausbildungsmodell flächendeckend eingeführt werden. Erzieher\*innen fehlen nicht nur in Kitas, sondern auch im Ganztags- und in der Erziehungshilfe.





## WENN FAMILIEN HILFE BRAUCHEN, MUSS SIE DA SEIN – ERZIEHUNGSHILFE STÄRKEN!

Wenn Eltern an ihre Grenzen stoßen, wenn Kinder in schwierigen Verhältnissen aufwachsen, wenn Familien Unterstützung brauchen, dann muss das System der Erziehungshilfe funktionieren. Verlässlich, nah und passgenau. Doch die Realität in vielen Kommunen sieht anders aus: Präventive Angebote sind unterfinanziert oder schlicht nicht vorhanden, Fachkräfte arbeiten am Limit, bürokratische Hürden bremsen die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern. Knappe Kassen gefährden zudem die Trägervielfalt, die passgenaue Hilfe überhaupt erst möglich macht.

Dabei ist eines klar: Wer früh hilft, spart später. Jeder Euro, der in präventive und ambulante Erziehungshilfe fließt, verhindert teure und belastende stationäre Maßnahmen und vor allem menschliches Leid. Das Recht junger Menschen und ihrer Familien auf frühzeitige, passgenaue Unterstützung darf nicht an knappen Kommunalkassen scheitern.

### **Der Paritätische fordert:**

- Präventive und ambulante Angebote der Erziehungshilfe müssen flächendeckend verfügbar und ausreichend finanziert sein. Hilfe muss ankommen, bevor eine Krise eskaliert.
- Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern muss systematisch gestärkt werden. Klare Strukturen in kommunalen Gremien, gezielte Vernetzung und der consequente Abbau bürokratischer Hindernisse sind dafür unverzichtbar.
- Fachkräfte in der Erziehungshilfe leisten täglich unverzichtbare Arbeit unter anspruchsvollen Bedingungen. Sie müssen faire Bezahlung, ausreichende Ressourcen und öffentliche Wertschätzung erhalten. Ohne Anerkennung gibt es keinen Nachwuchs, und ohne Nachwuchs keine funktionierende Erziehungshilfe.
- Kommunen müssen Trägervielfalt aktiv schützen und fördern. Vielfalt sichert Qualität, Innovationskraft und die Wahlfreiheit von Familien. Sie darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

## SCHUTZ VOR GEWALT UND GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE FÜR FRAUEN – KEINE FRAGE DES GELDES, SONDERN DES POLITISCHEN WILLENS!

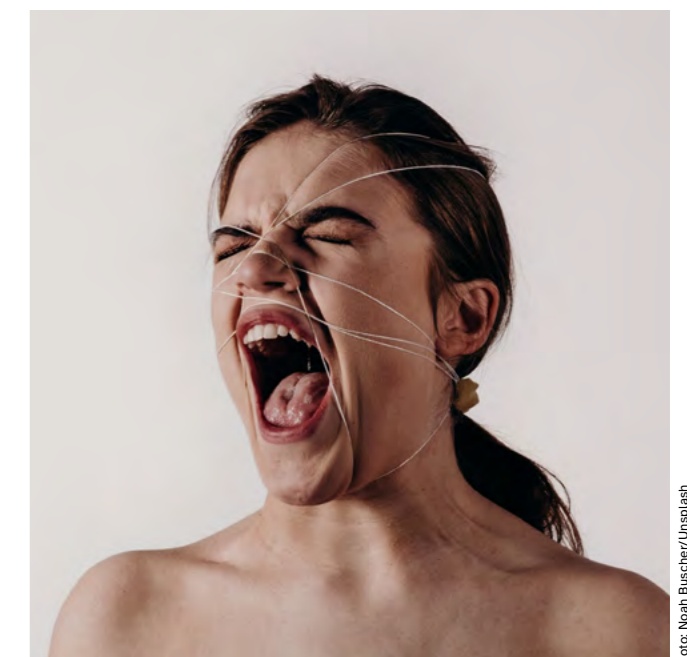
Häusliche Gewalt ist keine Privatangelegenheit. In Niedersachsen wurden 2024 allein 27.986 Fälle registriert, die Dunkelziffer liegt weit höher. Hinter jeder Zahl steht ein Mensch, der Schutz, Hilfe und eine sichere Perspektive braucht. Fachberatungsstellen, Frauenhäuser und Schutzeinrichtungen leisten diese Arbeit täglich. Doch in Städten fehlen personelle Kapazitäten, in ländlichen Regionen fehlen Angebote mitunter gänzlich.

Gleichzeitig sind Frauen in der Kommunalpolitik nach wie vor massiv unterrepräsentiert. Nur rund 31 Prozent der Mandate in kommunalen Vertretungen in Niedersachsen sind von Frauen besetzt, lediglich 11,4 Prozent der hauptamtlichen Bürgermeister\*innen sind Frauen. Demokratie lebt von Vielfalt. Wer Frauen aus Entscheidungsprozessen ausgrenzt, trifft schlechtere Entscheidungen. Für alle.

### **Der Paritätische fordert:**

- Jede Frau und jedes Kind, die Gewalt erlebt haben, müssen professionelle Hilfe erfahren. Die Co-Finanzierung der Gewalthilfeeinrichtungen durch die Kommunen im Rahmen des Gewaltschutzhilfegesetzes ist unverzichtbar. Auf Landesebene darf das Umsetzungsgesetz kein Sparprogramm für die Kommunen werden. Prävention und Täterarbeit müssen kommunal unterstützt werden.
- Freiwillige Zuwendungen an Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen müssen verlässlich sein. Einrichtungen brauchen verbindliche Zusagen über eine langfristig gesicherte Finanzierung. Jahrelange Aufbauarbeit darf nicht durch kurzfristige Haushaltsentscheidungen zerstört werden.
- Frauen müssen in der Kommunalpolitik stärker vertreten sein. Kommunen müssen aktiv auf Frauen zugehen, die Vereinbarkeit von Familie und politischem Amt verbessern und eine diskri-

minierungsfreie politische Kultur schaffen. Frauen müssen ermutigt werden, zu kandidieren und zu wählen.





## **BEHINDERUNG DARF KEIN HINDERNIS SEIN – FÜR INKLUSION, WOHNEN, ARBEIT UND EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN!**

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Selbstbestimmung, Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Dieses Recht ist gesetzlich verankert, in der kommunalen Wirklichkeit aber noch lange nicht eingelöst. Barrierefrei zugänglicher Wohnraum fehlt vielerorts oder ist für Menschen mit Behinderungen schlicht nicht bezahlbar. Auf einem angespannten Wohnungsmarkt ziehen sie dabei häufig den Kürzeren. Dabei reicht eine barrierefreie Wohnung allein nicht aus. Für echte Inklusion muss darüber hinaus sichergestellt werden, dass Menschen selbstständig zum Arzt und zur Arbeit kommen und den ÖPNV nutzen können.

Ein guter Start ins Leben für Kinder mit Behinderungen und ihre Familien beginnt mit verlässlicher Unterstützung von Anfang an: bedarfsgerechte Frühförderung, inklusive Kitas und eine Schulassistenz, die individuelle Teilhabe am Unterricht ermöglicht. Doch genau hier zeigen sich strukturelle Lücken: Wahlfreiheit, individuelle Bedarfsdeckung und Trägervielfalt in der Schulassistenz geraten zunehmend unter Druck.

Auch auf dem Arbeitsmarkt bleibt echte Inklusion die Ausnahme. Wichtige Instrumente wie das Budget für Arbeit und das Budget für Ausbildung werden zu selten genutzt, weil Bekanntheit fehlt, Bürokratie hemmt und es an Koordination zwischen den Beteiligten mangelt. Hinzu kommt: Die Zahl von Menschen

mit psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen steigt, während eine flächendeckende, niedrigschwellige Versorgung nicht gesichert ist. Sozialpsychiatrische Verbände, die genau das leisten sollen, werden in einigen Regionen nicht mehr regelmäßig einberufen. Das sind keine Randprobleme. Das sind strukturelle Versäumnisse, die Menschen täglich in ihrer Lebensqualität einschränken.

### **Der Paritätische fordert:**

- Schulassistenz muss für Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten in Regel- und Förderschulen bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Die Kosten sind von den kommunalen Kostenträgern zu übernehmen. Die freie Auswahl der Schulassistenz muss im Sinne der Wahlfreiheit von Schüler\*innen und Eltern gewährleistet sein
- Bei der Einführung von Poolingmodellen in der Schulassistenz muss sichergestellt sein, dass der individuelle Rechtsanspruch auf notwendige Assistenz uneingeschränkt gewahrt bleibt. Pooling kann ein wertvoller Beitrag zur inklusiven Unterstützung im Schulalltag sein, darf aber nie zur Einschränkung individueller Bedarfe führen.
- Kommunen müssen barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum aktiv schaffen, fördern und sichern. Dieser Wohnraum muss in eine inklusive Infrastruktur eingebettet sein, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Das Wunsch- und Wahlrecht beim Wohnort muss für Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt gewährleistet sein.
- Kommunen müssen die Vernetzung aller relevanten Akteur\*innen rund um das Budget für Arbeit und das Budget für Ausbildung aktiv sicherstellen. Menschen mit Behinderungen brauchen unabhängige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die ihnen Chancen aufzeigen und sie durch den gesamten Antrags- und Entwicklungsprozess begleiten.
- Sozialpsychiatrische Verbände müssen von den Kommunen als zentrale Koordinierungsstruktur anerkannt und regelhaft einberufen werden. Niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen flächendeckend verfügbar sein. Versorgungslücken sind nicht hinnehmbar.



## **PFLEGE IST DASEINSVORSORGE –** **JEDER MENSCH VERDIENT EINE** **GUTE VERSORGUNG VOR ORT!**

Deutschland altert, und das spüren die Kommunen täglich. Immer mehr Menschen werden pflegebedürftig, familiäre Unterstützungsnetzwerke dünnen aus, und die Anforderungen an Versorgungsstrukturen vor Ort wachsen stetig. Dabei versagt das System an entscheidenden Stellen. Das Pflegesystem ist so komplex, dass viele Betroffene schlicht nicht wissen, was ihnen zusteht. Eine aktuelle Studie zur Pflegearmut macht das erschreckend deutlich: In Niedersachsen nehmen nur rund 12 Prozent der anspruchsberechtigten Pflegebedürftigen die ihnen zustehende „Hilfe zur Pflege“ tatsächlich in Anspruch. Gleichzeitig warten Pflegeeinrichtungen teils über 15 Monate auf die Bearbeitung von Anträgen. Das bringt Einrichtungen in existenzbedrohende Liquiditätsprobleme und gefährdet die Versorgung vor Ort.

Die meisten Menschen wollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben. Damit das gelingt, brauchen sie verlässliche, niedrighschwellige und aufeinander abgestimmte Unterstützungsstrukturen in ihrer Kommune. Das ist keine Kür, das ist kommunale Verantwortung.

### **Der Paritätische fordert:**

- ≡** Altenhilfe und Pflegebedarfsplanung müssen gesetzlich festgeschriebene Pflichtaufgaben der Kommunen werden. Es braucht eine interdisziplinär angelegte Altenhilfeplanung sowie eine Pflegebedarfsplanung, die Angebote steuert, fördert und alle relevanten Akteur\*innen vor Ort vernetzt.
- ≡** Das geltende Leistungsrecht der „Hilfe zur Pflege“ muss bürokratiearm und umfassend in jeder Kommune umgesetzt werden. Beratungsstrukturen müssen so gestaltet sein, dass pflegebedürftige Menschen und ihre An- und Zugehörigen passgenaue Unterstützung erhalten und präventive vorpflegerische Hausbesuche müssen kommunaler Standard werden. Die Bearbeitungsdauer von Anträgen muss deutlich

verkürzt werden: Zahlungen müssen spätestens vier Wochen nach Antragsstellung an Einrichtungen erfolgen. Kommunen müssen sich zudem gegenüber Land und Bund aktiv für eine solidarische Pflegevollversicherung einsetzen.

- ≡** Ambulante Pflege, Tages- und Kurzzeitpflege, vollstationäre Pflege, Hospiz- und Palliativversorgung sowie telepflegerische Angebote müssen in ausreichendem Umfang vorhanden und gut vernetzt sein. Alle Akteur\*innen müssen vor Ort eng zusammenarbeiten.

# HILFE FÜR SUCHTERKRANKTE: MIT PRÄVENTION, BERATUNG UND MUT ZUR INNOVATION!

Suchterkrankungen treffen Menschen aus allen Schichten, in allen Altersgruppen und in jeder Kommune. Alkohol- und Drogenkonsum ist oft ein Seismograph für persönliche Krisen, soziale Isolation und gesellschaftlichen Druck. Die Folgen sind verheerend: für Betroffene, für ihre Familien und für das soziale Miteinander. Suchthilfe und Suchtselbsthilfe retten Leben, durchbrechen Gewaltspiralen und schaffen Wege zurück in ein selbstbestimmtes Leben. Eine funktionierende Suchthilfe stärkt dabei nicht nur die Betroffenen, sie stärkt auch die öffentliche Sicherheit und entlastet Polizei, Justiz und Gesundheitssystem spürbar.

Doch genau dieses System steht unter Dauerdruck. Die Finanzierung von Suchtberatungsstellen ist jährlich von Kürzungen bedroht. In einem Flächenland wie Niedersachsen ist ein flächendeckendes Angebot heute kaum noch zu gewährleisten. Das ist kurzsichtig. Prävention und Beratung zahlen sich aus: Volkswirtschaftlich betrachtet kostet eine unbehandelte Suchterkrankung ein Vielfaches dessen, was frühzeitige Hilfe kosten würde.

## **Der Paritätische fordert:**

- ▬ Kommunen müssen ein verlässliches und niedrigschwelliges Unterstützungsangebot im Bereich Sucht sicherstellen. Suchtberatung und Suchtselbsthilfe müssen tragende Säulen des kommunalen Beratungsangebots sein, ergänzt durch digitale Beratungsformate und Angebote bei medien- und internetbezogenen Störungen.
- ▬ Die Finanzierung ambulanter Suchtberatungsstellen muss ausreichend, verlässlich und dynamisiert gesichert werden. Suchtberatung darf keine freiwillige Leistung bleiben, die beim nächsten Sparhaushalt gestrichen wird. Wer hier spart, zahlt anderswo ein Vielfaches.
- ▬ Land und Kommunen müssen die gesetzlich geschaffenen Möglichkeiten für Drug-Checking-Modellvorhaben nutzen und umsetzen. Drug-Checking ist ein erprobtes Instrument der Schadensminimierung: Es warnt Konsumierende vor gefährlichen Substanzen, senkt das Risiko von Notfällen und Todesfällen und fördert den Zugang zu Hilfsangeboten.

# ARMUTSPRÄVENTION IST ZUKUNFTSINVESTITION – KOMMUNEN MÜSSEN JETZT DIE RICHTIGEN WEICHEN STELLEN!

Die Zahlen sind eindeutig und sie sind erschreckend. Laut dem Paritätischen Armutsbericht 2025 müssen 16,9 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung zu den Armen gezählt werden. Das sind rund 1,3 Millionen Menschen, mehr als jede sechste Person im Land. Die Armutsquote ist binnen eines Jahres um 2,1 Prozentpunkte gestiegen und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, junge Erwachsene und Rentner\*innen, wobei Altersarmut ein stark weibliches Gesicht hat. Etwa jedes fünfte Kind wächst in Armut auf, mit schwerwiegenden Folgen für Entwicklung, Gesundheit und Teilhabechancen.

Armut ist kein individuelles Versagen. Sie ist Ausdruck struktureller Ungleichheit, die wächst, während die soziale Mobilität abnimmt. Kommunen sind der Ort, an dem Armut täglich erlebt wird. Sie sind aber auch der Ort, an dem wirksame Prävention ansetzen kann. Wer hier nicht handelt, überlässt Menschen ihrem Schicksal und zahlt später das Vielfache an Folgekosten.

## **Der Paritätische fordert:**

- ▬ Kommunen müssen aktive Armutsbekämpfung als Querschnittsaufgabe begreifen. Sozialpolitik darf kein Randthema im Haushalt sein, sondern muss soziale Spaltung überwinden, das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen und den solidarischen Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsgruppen fördern.
- ▬ Gesellschaftliche Teilhabe muss für alle realisiert werden. Finanzielle Vergünstigungen und Ermäßigungen für ÖPNV, Freibäder, Museen und andere öffentliche Angebote müssen konsequent bereitgestellt werden. Wer arm ist, darf nicht vom öffentlichen Leben ausgeschlossen sein.
- ▬ Das Modell der kommunalen Präventionsketten, Frühe Hilfen und niedrigschwellige Unterstützungsangebote müssen flächendeckend gestärkt und in allen niedersächsischen Kommunen als verbindliche Instrumente der Armutsprävention verankert werden.
- ▬ Der Ausbau der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe muss vorangetrieben werden. Starke soziale Strukturen vor Ort sind keine freiwillige Leistung, sondern Voraussetzung dafür, dass Kinder und Familien in Armut eine echte Chance bekommen. Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit schaffen dabei lokale Räume der Begegnung, Unterstützung und Teilhabe. Sie müssen als unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Armutsprävention anerkannt und gefördert werden.
- ▬ Kommunen müssen Housing-First-Konzepte als Regelangebot etablieren. Wohnungslosigkeit muss durch reguläre, unbefristete Mietverhältnisse unmittelbar beendet werden – ohne Vorbedingungen, ergänzt durch wohnbegleitende Unterstützung.



# INTEGRATION PASSIERT VOR ORT – KOMMUNEN SIND ENTSCHEIDEND!

Migration ist längst Alltag in Niedersachsen. Ob Integration gelingt, entscheidet sich nicht auf europäischer oder bundespolitischer Ebene, sondern vor Ort: in Kitas, Schulen, Behörden, Nachbarschaften und bei den vielen freien Trägern und Vereinen. Hier wird gesellschaftlicher Zusammenhalt gestaltet oder gefährdet.

Gleichzeitig stehen die Kommunen unter wachsendem Druck. Überlastete Ausländerbehörden, unzureichend abgesicherte Integrationsstrukturen und fehlender Wohnraum erschweren nachhaltige Integrationsarbeit erheblich. Dabei ist Integration nicht nur eine soziale Aufgabe, sondern eine zentrale Zukunftsfrage für unser Land. Angesichts des demografischen Wandels und des wachsenden Fachkräftemangels ist Niedersachsen darauf angewiesen, dass zugewanderte Menschen schnell und nachhaltig in Gesellschaft und Arbeitsmarkt ankommen. Gelingende Integration sichert Fachkräfte, stärkt die kommunale Entwicklung und ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstands.

Integration ist keine kurzfristige Aufgabe, sondern eine dauerhafte gesellschaftliche Verpflichtung. Sie braucht verlässliche Strukturen, ausreichend Ressourcen und eine klare politische Priorität. Ohne starke Kommunen wird Integration nicht gelingen.

## **Der Paritätische fordert:**

- Ausländerbehörden müssen zu funktionierenden und serviceorientierten Behörden weiterentwickelt werden. Dafür braucht es ausreichend Personal, klare Verfahren und eine konsequente Nutzung bestehender Ermessensspielräume zugunsten von Integration und Bleibeperspektiven.
- Politische Partizipation und Teilhabe müssen besser umgesetzt werden. Dafür brauchen Kommunen handlungsfähige und gut ausgestattete Gremien, die vielfältig besetzt sind, aktiv auf die migrantische Bevölkerung zugehen und die Träger der Migrations- und Flüchtlingsarbeit als wichtige Akteure vor Ort einbinden.
- Die Unterbringung von Geflüchteten muss menschenwürdig und dezentral gestaltet werden. Kommunen müssen verbindliche Schutzstandards umsetzen und besonders vulnerable Gruppen wirksam schützen. Auch bezahlbarer Wohnraum und die konsequente Bekämpfung von Diskriminierung gehören dazu.



Foto: Tawfik Barhuyis / Unsplash

# SOZIALE ANGEBOTE SIND KEINE SPARMASSE – KOMMUNEN BRAUCHEN EINE HAUSHALTPOLITIK MIT SOZIALER HANDSCHRIFT!

Die kommunalen Haushalte stehen unter Druck. Das ist Realität. Steigende Energie- und Sachkosten, globale Unsicherheiten, wachsende Anforderungen: Die Kommunen in Niedersachsen müssen mit weniger mehr leisten. Doch wenn gespart wird, trifft es zu oft zuerst die Schwächsten – durch gekürzte Beratungsangebote, geschlossene Begegnungsstätten oder ausgedünnte Unterstützungsstrukturen. Das ist keine Haushaltspolitik mit Augenmaß. Das ist sozialer Rückbau auf Kosten derer, die am wenigsten ausweichen können. Eine starke soziale Infrastruktur ist kein Luxus, den man sich in guten Zeiten leisten – sie ist Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und die Zukunftsfähigkeit der Kommunen selbst. Wer heute bei Prävention spart, zahlt morgen deutlich mehr.

### Der Paritätische fordert:

- ≡ Die zusätzlichen Mittel, die das Land den Kommunen über Landeshaushalt und Sondervermögen zur Verfügung stellt, müssen auch in die soziale Infrastruktur der freien Träger fließen.
- ≡ Soziale Leistungen und Angebote müssen erhalten und, wo möglich, ausgebaut werden. Haushaltspolitik darf nicht zum Deckmantel für Sozialabbau werden.
- ≡ Einschränkungen bei freiwilligen Leistungen sind zu vermeiden. Gerade sie ermöglichen präventives Handeln, fördern Innovation und schaffen passgenaue Lösungen für lokale Herausforderungen – sie sind kein Sparpotenzial, sondern Zukunftsinvestition.
- ≡ Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Hand bleiben. Privatisierungen und öffentlich-private Partnerschaften sind abzulehnen – denn soziale Infrastruktur darf nicht dem Renditedenken geopfert werden.

# FREIE WOHLFAHRTSPFLEGE STÄRKEN – VORFAHRT FÜR FREIE TRÄGER!

Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine unverzichtbare Säule des Sozialstaats. Beratungsstellen, Pflegedienste, Kitas, Schuldnerberatung, Wohnungslosenhilfe: Hinter fast jedem sozialen Angebot vor Ort stehen freie Träger, die nah an den Menschen sind, flexibel handeln und Vertrauen aufgebaut haben, das keine Behörde von heute auf morgen ersetzen kann.

Grundlage dieser Partnerschaft ist das Subsidiaritätsprinzip: Wo freie Träger soziale Aufgaben gleichwertig und bedarfsgerecht erfüllen, tritt der Staat zurück und verpflichtet sich zugleich, diese Träger so zu stärken, dass sie ihre Aufgaben verlässlich wahrnehmen können. Das ist kein bürokratisches Prinzip, sondern ein Versprechen an die Bürger\*innen: das Versprechen auf echte Wahlfreiheit und ein vielfältiges, wohnortnahes Angebot.

In der kommunalen Praxis wird dieses Versprechen jedoch zu oft gebrochen – durch ausbleibende Dynamisierung von Zuwendungen, intransparente Vergabeverfahren oder die schleichende Kommunalisierung sozialer Aufgaben. Das gefährdet nicht nur einzelne Träger, sondern die soziale Infrastruktur ganzer Regionen. Klar ist: Der Staat ist fachlich nicht besser und dabei teurer als die Profis.

### Der Paritätische fordert:

- ≡ Es braucht Vorrang für freie Träger als unverzichtbare Partner der Kommunen und es braucht verlässliche Finanzierung mit fairen, transparenten und planbaren Rahmenbedingungen im Interesse der Menschen und eines starken sozialen Zusammenhalts vor Ort.
- ≡ Kommunales Tätigwerden darf nur dort erfolgen, wo freie Träger nicht zur Verfügung stehen – das Subsidiaritätsprinzip muss gelten.
- ≡ Die Wahlfreiheit der Menschen und die Vielfalt der Angebote müssen aktiv gewährleistet und ausgebaut werden.



Foto: FERRAN TRASTORRE / iStock.com

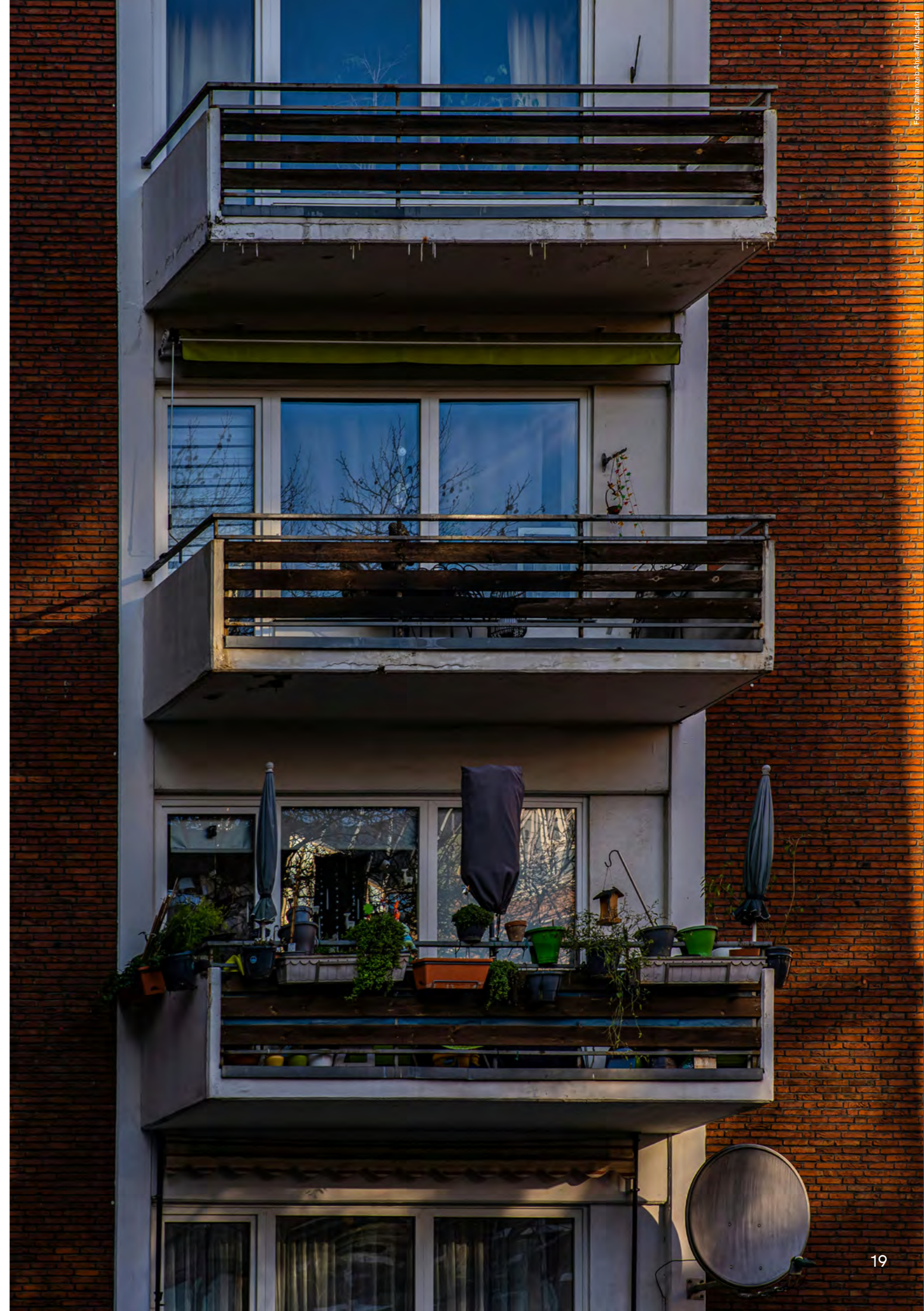
# WOHNEN IST EIN GRUNDRECHT – KOMMUNEN MÜSSEN BEZAHLBAREN WOHNRAUM ENDLICH ZUR PRIORITÄT MACHEN!

Wohnen ist kein Luxusgut, sondern Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Doch die Realität in Niedersachsen ist alarmierend: Im Land fehlen mehr als 100.000 Sozialwohnungen. Der Bestand an Sozialwohnungen schwindet kontinuierlich, Abgänge werden durch Neubauten nicht annähernd kompensiert. Dabei geht es nicht allein um den Neubau neuer Sozialwohnungen: Nachverdichtung, Umnutzung von Leerstand und kreative Nutzungskonzepte bieten erhebliche Potenziale, die zu selten gehoben werden. Die Wohnarmutsquote in Niedersachsen liegt bei 24,5 Prozent. Das bedeutet, dass fast jede vierte Person im Land durch Miet- und Energiekosten unter die Armutsgrenze gerät. Das sind 569.000 Menschen mehr, als es die herkömmliche Armutsmessung ausweist. Viele Haushalte geben inzwischen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten aus, manche sogar mehr als die Hälfte. Besonders hart trifft es Alleinerziehende, Erwerbslose, ältere Menschen und junge Familien. Doch die Wohnungsnot hat längst auch die Mitte der Gesellschaft erreicht. Steigende Mieten und Energiekosten machen Wohnen für immer mehr Menschen zur finanziellen Belastungsgrenze.

Kommunen müssen selbst zur aktiven Gestalterin des Wohnraums vor Ort werden und sich mit Mut und Innovation für bezahlbare Mieten einsetzen, im Interesse der Menschen, die in ihren Städten und Gemeinden leben.

## **Der Paritätische fordert:**

- Kommunen müssen bezahlbaren Wohnraum zur politischen Priorität erklären und verbindliche Zielvorgaben für den sozialen Wohnungsbau setzen.
- Kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungsbaugenossenschaften müssen als zentrale Akteure gestärkt und wo nötig neu gegründet werden. Die Neue Wohngemeinnützigkeit muss durch kommunale Kofinanzierung aktiv genutzt werden. Housing First muss kommunales Regelangebot werden und barrierefreies Bauen bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau verpflichtend sein.
- Baugrundstücke müssen im öffentlichen Eigentum gehalten werden. Bei der Vergabe müssen soziale Kriterien Vorrang haben. Konzeptvergabeverfahren, Erbbaurecht, Sozialquoten im Neubau sind erprobte Instrumente, die Kommunen konsequent einsetzen müssen. Durch den frühzeitigen Zwischenerwerb von Grundstücken können Bodenwertsteigerungen und damit teure Mieten vermieden werden.



# DREI MILLIONEN GRÜNDE, EHRENAMT ZU STÄRKEN – ENGAGEMENT FÖRDERN, DEMOKRATIE SICHERN!

In Niedersachsen engagieren sich mehr als drei Millionen Menschen ehrenamtlich. Sie sind der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält: in sozialen Diensten und Einrichtungen, in der Selbsthilfe, der Hospizarbeit, der Flüchtlingshilfe, in Sportvereinen und der freiwilligen Feuerwehr. Zunehmend wichtig werden dabei auch sogenannte Dritte Orte: Nachbarschaftstreffs, Quartierszentren und Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in Trägerschaft sozialer Organisationen, die als offene Anlaufstellen das Miteinander im Sozialraum stärken und niedrigschwellige Zugänge zu Unterstützung, Kultur und Teilhabe schaffen. Engagementförderung ist immer auch Demokratieförderung. Wer Ehrenamt stärkt, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Niedersächsische Landesregierung hat mit der „Niedersächsischen Strategie für Engagement und Ehrenamt“ einen wichtigen Rahmen geschaffen. Seine volle Wirkung entfaltet er aber nur dann, wenn die Kommunen die Strategie aktiv mit Leben füllen und als Grundlage für ihre eigene Engagementförderung vor Ort nutzen.

## **Der Paritätische fordert:**

- ▬ Ehrenamt braucht Hauptamt. Kommunen müssen feste Ansprechpersonen oder Ehrenamtsbeauftragte benennen, die als Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung agieren. Die Niedersächsische Ehrenamtsstrategie muss auf kommunaler Ebene konsequent umgesetzt und mit passgenauen lokalen Maßnahmen hinterlegt werden.
- ▬ Dritte Orte, Nachbarschaftsinitiativen, Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement müssen als unverzichtbare Bausteine kommunaler Infrastruktur anerkannt und dauerhaft finanziell gefördert werden. Sie schaffen Begegnungsräume, stärken den sozialen Zusammenhalt und ermöglichen bürgerschaftliches Engagement im direkten Lebensumfeld.
- ▬ Freiwilligenagenturen, Ehrenamtskoordination und Freiwilligenmanagement bei sozialen Trägern müssen ausreichend finanziell gefördert werden, damit Ehrenamtliche gewonnen, begleitet und bestmöglich unterstützt werden können.
- ▬ Die Niedersächsische Ehrenamtskarte muss in allen Kommunen qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Vorteile und Vergünstigungen müssen spürbar und attraktiv sein – auch durch die stärkere Einbindung lokaler Wirtschaft und Anbieter\*innen vor Ort. Wer sich für andere einsetzt, verdient sichtbare Anerkennung.



# DER PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND NIEDERSACHSEN E.V.

## KURZVORSTELLUNG

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. vertritt als parteipolitisch ungebundener und überkonfessioneller Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege die Interessen seiner 880 Mitgliedsorganisationen mit über 90.000 Arbeitnehmer\*innen und Zehntausenden Ehrenamtlichen in Niedersachsen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und macht seinen Mitgliedern ein umfassendes Beratungsangebot. Die Mitgliedsorganisationen des Verbandes sind in allen Bereichen der sozialen Arbeit aktiv. Der Paritätische engagiert sich für benachteiligte, hilfebedürftige und diskriminierte Menschen und steht für Demokratie, Toleranz, soziale Gerechtigkeit sowie Teilhabe und gegen jegliche Form sozialer Ausgrenzung und politischen Extremismus.

Als Anbieter sozialer Dienstleistungen bietet der Paritätische auch selbst mit mehr als 3.600 Mitarbeiter\*innen niedersachsenweit vielfältige Hilfe – von der ambulanten und der Tagespflege über Mahlzeitendienste, Integrationsassistenzen und Mobilen Diensten bis hin zu Freiwilligenagenturen, Frauenhäusern, Beratungen für verschiedene Lebenslagen und Selbsthilfekontaktstellen. Letztere sind unverzichtbare Anlaufstellen für mehr als 4.500 Selbsthilfegruppen, in denen sich 80.000 Menschen für sich und andere einsetzen.

Gemeinsam mit seinen acht Tochtergesellschaften aus den Bereichen Altenhilfe, Eingliederungshilfe und Sucht kommt der Verband auf mehr als 11.000 Mitarbeiter\*innen.

### Impressum

Herausgeber  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.  
Gandhistrasse 5a  
30559 Hannover  
Tel.: 0511 52486-0  
landesverband@paritaetischer.de

### Registereintrag

Registergericht Hannover  
Vereinsregister-Nummer 2156

### Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord  
25/206/21596

### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE56 3702 0500 0007 4495 00

### Verantwortlich für den Inhalt

Kerstin Tack, Vorsitzende

### Redaktion

Abteilung Grundsatz und Kommunikation  
Leitung: Jens Starkebaum  
Text: Darius Reinhardt  
politik@paritaetischer.de

### Druck

UmweltDruckhaus Hannover GmbH,  
Langenhagen

### Titelbild

Frederick Doersch, iStock

### Gestaltung

neuwaerts GmbH, Hannover



Gefördert durch die

**GlücksSpirale**



[www.paritaetischer.de](http://www.paritaetischer.de)

